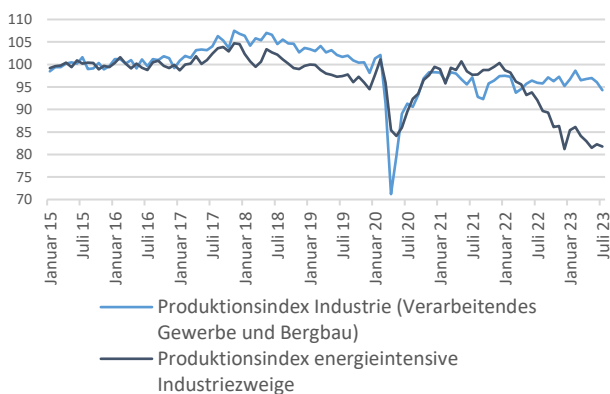


DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

28.09.2023

Strompreise bremsen – Gute Arbeit absichern – Transformation vorantreiben

Hat der Industriestandort Deutschland vor dem Hintergrund rasant gestiegener Energiepreise noch eine Zukunft? Die Debatten um eine mögliche Deindustrialisierung sind ein bestimmendes Thema der letzten Monate. Ein Blick in die Zahlen zeigt: Insbesondere in den energieintensiven Industrien ist der Produktionseinbruch bereits real.



Produktionsentwicklung in verarbeitenden Industriezweigen (2015=100), Quelle: Statistisches Bundesamt 2023, Eigene Darstellung

Eine kürzlich veröffentlichte [Studie](#) von Professor Tom Krebs im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zeigt die volkswirtschaftlichen Schäden der Energiepreiskrise deutlich auf: Infolge hoher Energiepreise drohen bis 2024 Verluste von bis zu 390 Mrd. Euro bzw. 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Setzt sich dieser Trend fort, können die langfristigen Schäden für Wertschöpfung, Wohlstand und Beschäftigung fatal sein. Der DGB setzt sich daher für entschlossene Gegenmaßnahmen ein. Dazu gehört insbesondere eine Verlängerung und Modifizierung der Strompreiskontrolle. Ein tragfähiges Modell stellt Prof. Krebs in seiner Studie vor:

- Verlängerung der Strompreiskontrolle für alle Verbrauchergruppen bis 2030.
- Garantierter Nettopreis von 35 ct/kWh für Kund*innen mit Stromverbrauch bis 30.000 kWh pro Jahr, 10 ct/kWh darüber, und 6 ct/kWh für energieintensive Unternehmen mit Transforma-

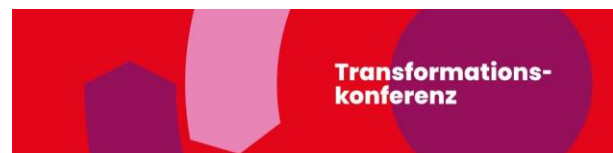
tionsverpflichtung und Standort- und Beschäftigungsgarantie.

- Zusätzliche Reduktion des Nettostrompreises um 1 ct/kWh für Unternehmen mit Tarifbindung.

Prof. Krebs zeigt, dass die Finanzierung in Höhe von 20 - 60 Mrd. Euro bis 2030 über die vorhandenen Kreditermächtigungen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds sichergestellt werden kann. Dieser Vorschlag hat gegenüber vielen anderen einige entscheidende Vorteile: Er basiert auf einem etablierten Instrument und ist schnell umsetzbar. Er adressiert alle Verbrauchergruppen bedarfsgerecht und nimmt Unternehmen in die Verantwortung für Arbeitsplätze und Investitionen. Die Finanzierung schafft keine Konkurrenzen zu anderen Ausgabenpositionen im Bundeshaushalt und führt so nicht zu ungewollten Verteilungsproblemen. Zudem fördert der Vorschlag die sozial-ökologische Transformation, weil bezahlbare und wettbewerbsfähige Strompreise die Voraussetzung für Investitionen in die Klimaneutralität sind.

Auch die langfristige Perspektive wird in der Studie untersucht: In Deutschland ist die erneuerbare Stromproduktion zu wettbewerbsfähigen Kosten möglich. Entscheidend ist, dass der Strommarkt funktioniert.

Mehr gibt's hier: dgb.de/strompreis



Über diese und weitere Themen wollen wir, u. a. mit Lars Klingbeil, Friedrich Merz und Johannes Vogel, bei der **DGB-Transformationskonferenz am 11. Oktober 2023** im Hans-Böckler-Haus in Berlin ins Gespräch kommen.

Hierzu laden wir Sie und Euch herzlich ein. [Programm und Anmeldung](#).